

Lesben und Schwule in Guatemala

Seit dem Friedensvertrag haben sich viele marginalisierte Gruppen organisiert: BäuerInnen, Frauen, Indigenas. Von der guatemaltekischen Gesellschaft weitgehend unbeachtet kämpfen Homosexuelle um Gleichberechtigung. Der folgende Artikel erschien unter dem Titel "Rosa- Lila- Guatemala" in der Juli-Ausgabe des österreichischen *Guate-Infos*.

In den 70er Jahren bildete sich in Guatemala eine kleine homosexuelle Gemeinschaft heraus. Man traf sich in ein paar Lokalen, die aber in Zeiten der grössten Repression Anfang der 80er Jahre durch mehrere Bombenanschläge und Polizeirazzien sehr reduziert wurden.

Später, als AIDS endgültig zu einem Thema in der Szene geworden wurde, gab es erneut Ansätze, sich zu organisieren. Im Jahre 1996 wurde OASIS (Organisation zur Förderung einer Integralen Sexualität im Zeitalter von AIDS) gegründet, um über die Immunschwäche Aufklärungsarbeit zu leisten. Darüber hinaus zeigten in diesem Jahr Schwule und Lesben sich und ihr gewachsenes Selbstbewusstsein wieder in der Öffentlichkeit: Es gab einschlägige Kulturveranstaltungen, und Homosexuelle nehmen an Demonstrationen und Märschen (z.B. auch am "Marcha por la Paz" am Tag der Friedensvertragsunterzeichnung) teil.

Gemeinhin gilt OASIS als eine rein schwul-lesbische Organisation, doch offiziell hat sie sich nie so deklariert - zu gross ist der Druck der Gesellschaft. So lässt sich auch erklären, warum OASIS die Mitarbeit von Luis Palencia - besser bekannt unter seinem Transvestitennamen "Conchita" - gelehnt hat, nachdem dieser 1997 auf offener Strasse ermordet worden war.

Gewalt gegen Schwule

Fernando Bances, einer der Mitbegründer von OASIS, weiss von mindestens sieben Schwulen, die seitdem auf ähnliche Weise umgekommen sind. Genaue polizeiliche Nachforschungen wurden nicht angestellt, in den Akten erscheinen die ermordeten Schwulen als Opfer "normaler Gewaltverbrechen". Im Fall von Conchita gab es aber doch auch in den Zeitungen einiges zu lesen, obgleich die guatemaltekischen Printmedien eher Sensationslust als den Willen zu genauer Information gezeigt haben.

Bezeichnend für die guatemaltekische Presse ist auch, dass nach der Ermordung von Weihbischof Gerardi anfangs ein "schwuler" Hintergrund gesucht wurde, der wohl durch eine gesellschaftliche Phobie Homosexuellen gegenüber zu erklären ist.

Homosexualität gibt es offiziell nicht

Das Thema Homosexualität ist in der guatemaltekischen Gesellschaft tabu. Es wird weder in einem Gesetz noch in der Verfassung erwähnt. Da es aber in der Verfassung heisst, dass alles, was nicht verboten ist, erlaubt ist, könnte angenommen werden, dass Schwule und Lesben die Staatsgewalt nicht zu befürchten haben. Die Realität sieht allerdings anders aus: Immer wieder führen einzelne Gruppen der Polizei Razzien gegen Schwule und Lesben durch, als Verhaftungsgründe werden andere "Vergehen" vorgeschoben.

Fernando Bances ist in den letzten Monaten zweimal Opfer solcher Willkür geworden, nur durch die Kenntnis seiner Rechte ist ihm dabei nichts passiert. Aber viele Homosexuelle sind nicht so gut informiert.

Ein Opfer derartiger Übergriffe zu werden gilt zudem oft als Schande. Die Opfer schämen sich und Meldungen bei MINUGUA (Mission der Vereinten Nationen für Guatemala) oder beim Menschenrechtsprokurator - einer vom Parlament ernannten Institution - bleiben deshalb meist aus. Fernando Bances steht in Kontakt mit den genannten Institutionen.

Während Mitarbeiter von MINUGUA, die in ihren Menschenrechtsberichten immer wieder von Gewalt gegenüber Homosexuellen sprechen, den genauen Tathergang bei Übergriffen aufnehmen, hat sich der Menschenrechtsprokurator anfangs geweigert, in seinen Berichten "Intoleranz gegenüber Homosexuellen" als Grund für Übergriffe anzugeben.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Schwule und Lesben einer Front der Ablehnung gegenüberstehen. In der guatemaltekischen Gesellschaft, die Familie und Kinder als den grössten Segen ansieht, gelten Homosexuelle als "unproduktiv". Es besteht grosser Druck, zu heiraten. Fernando Bances meint, dass mehr als 50 Prozent aller Schwulen Eheringe tragen. Am meisten fürchten guatemaltekische Schwule und Lesben den Ausschluss aus der Familie und den Verlust der Arbeit. Begründete Ängste: Schon mehrmals wurden Homosexuelle, die an Demonstra-

tionen teilnahmen wegen in Zeitungen veröffentlichter Fotos gekündigt.

Lesben in Guatemala

Frauen haben unter dem herrschenden "Machismo" in Guatemala sehr zu leiden. Der Grossteil der Frauen ist abhängig von den Männern, sowohl Arbeitsplätze als auch gerechte Löhne für Frauen sind selten. Eine Tatsache, die natürlich auch Lesben betrifft. Um ihre Situation zu verbessern, haben lesbische Frauen vor ein paar Jahren die Gruppe "Mujeres SOMOS" (Frauen sind wir!) gegründet. Eine schwierige Aufgabe. Bei

der diesjährigen Demonstration am Tag der Frau haben die Frauen von Mujeres SOMOS durchwegs Kapuzen getragen - aus Angst, erkannt zu werden, und aus Angst vor Repression.

Schwule und Lesben in Guatemala leben nach wie vor in sehr autoritären Verhältnissen. Zur Zeit kursiert das Gerücht, dass von den konservativen Parteien demnächst ein Gesetz zur Kontrolle von Prostitution im Kongress eingebracht werden soll, das auch Homosexualität unter Strafe stellen würde. Um sich noch selbstbewusster präsentie-

ren zu können, wäre eine bessere interne Organisation der homosexuellen Gemeinde nötig. Viele Betroffene sind sich dieser Problematik nicht bewusst. In den letzten Jahren hat sich so manches durch die Initiative von Einzelpersonen geändert. Ein koordiniertes, gemeinsames Handeln würde aber den Kampf der Schwulen und Lesben um Gleichberechtigung in der Gesellschaft erleichtern. Die Toleranz einer Gesellschaft kann vor allem an ihrem Umgang mit Minderheiten abgelesen werden. In diesem Punkt muss sich in Guatemala noch einiges verbessern.

Wiederaufnahme des Prozesses der Massaker in Rio Negro und Agua Fría

Guatemala, 14. September. Vor einer Woche wurde die Gerichtsverhandlung im Falle der Massaker von Rio Negro und Agua Fría in Salamá, Baja Verapaz, wieder aufgenommen. Im ersten Prozess, der im November 1998 zu Ende ging, wurden die drei früheren Mitglieder der Zivilpatrouille (PAC), Carlos Chen, Pedro Gonzáles Gómez und Fermín Lajuj Xitumul schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Dieses Urteil annullierte das Berufungsgericht von Cobán und ordnete eine erneute Gerichtsverhandlung an.

Worum geht es? Das Elektrizitätswerk (INDE) plante 1977/78 den Bau des grössten Stausees Guatemalas am Fluss Chixoy. Dazu wollten sie rund 50 km des Flusslaufes stauen, was das Land von 3500 Familien überschwemmt hätte. Um diesen Plan umzusetzen, wollte das INDE die betroffene Bevölkerung umsiedeln. Den Leuten wurde der Bau von neuen Häusern, der Kauf von Land sowie eine finanzielle Entschädigung versprochen. Die BewohnerInnen der ersten Gemeinde, die hätte umgesiedelt werden sollen

(Rio Negro), leisteten Widerstand. Die andern Dörfern folgten diesem Beispiel. Sofort wurden die Leute bezichtigt, der Guerilla anzugehören und die Repression gegen sie begann.

Im Jahr 1982 wurden insgesamt 425 Menschen, grösstenteils Frauen und Kinder aus den Gemeinden Rio Negro und Agua Fría, ermordet, 250 davon bei zwei Überfällen der PAC und des Militärs auf ihre Dörfer. 18 Kinder wurden damals als SklavInnen nach Xococ verschleppt, wo sie für die Mörder ihrer Eltern arbeiten mussten. Ein Teil von ihnen, zusammen mit anderen Überlebenden der Massaker, sind heute ZeugInnen im Prozess gegen die früheren PAC-Mitglieder.

Diese zweite mündliche Verhandlung hat unter erschwerten Bedingungen begonnen. Rund 300 Ex-PAC-Mitglieder aus Xococ demonstrierten vor dem Gerichtssaal und versuchten sowohl die RichterInnen als auch die Zeuginnen einzuschüchtern und so ein mildes Urteil für die Angeklagten zu erzwingen. Sie argumentieren damit, dass die-

se Ereignisse vor 17 Jahren geschehen und somit verjährt seien. Mit Steinen und Schlagstöcken bewaffnet versuchten sie, ins Gefängnis einzudringen und die drei Angeklagten zu befreien. Die Polizei musste die Angeklagten in ein Gefängnis nach Cobán verlegen, die Verhandlung wurde bis auf weiteres eingestellt. Ebenso erhielt der Richter von Salamá, Otto Cecilio Mayén, der 1998 die Todesstrafe gegen die Angeklagten verhängt hatte, Todesdrohungen.

Aber auch BewohnerInnen der Gemeinde Rio Negro demonstrierten vor dem Gericht und fordern auf Transparenten die Verurteilung der Angeklagten Ex-PAC-Mitglieder.

Guatemala und Kuba planen Austausch von Gefangenen

Guatemala, 21. September. Die Regierungen von Kuba und Guatemala stehen kurz vor einer Einigung über den Austausch von Gefangenen, mit der Idee, die Gefangenen sollen die Möglichkeit haben, ihre Strafe in ihren jeweiligen Herkunftsländern verbüssen können. Der Vorschlag muss noch von den guatemalteckischen Justizbeamten und den kubanischen Behörden geprüft werden. Es solle jedoch in der Entschei-

dungsgewalt der jeweiligen Gefangenen liegen, ob sie das "Angebot" der Rückführung annehmen wollen oder nicht.

Die ersten, die von diesem Abkommen profitieren könnten, sind drei guatemaltischen Staatsangehörigen, die in Kuba des Terrorismus angeklagt werden. Würden sie zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, könnten sie wählen, wo sie verbüssen wollen. Ihr Prozess beginnt am 22. September.

¡Fíjate!

**Herausgeber:
Verein ¡Fíjate!
2502 Biel
PC- 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fíjate!
c/o Barbara Müller
Bözingenstrasse 33
2502 Biel
Tel. 032/341 90 80
E-Mail:
barbara@bam.links.ch
Jahresabo: 100,- Fr.
Auslandsabo: 120,- Fr.
Förderabo: ab 200,- Fr.**

**Erscheinungsweise vierzehntäglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.**

Mexikanische Regierung veröffentlicht Buch über guatemaltekische Flüchtlinge

Mexiko, 30. August. Unter dem Titel "Guatemaltekische Flüchtlinge in Mexiko" hat die mexikanische Regierung ein Buch mit Lebensgeschichten guatemaltekischer Flüchtlinge während ihrer Zeit im mexikanischen Exil veröffentlicht. An der Herausgabe dieses Zeitdokumentes waren 45 AutorInnen beteiligt, darunter VertreterInnen von Hilfsorganisationen, dem UNO-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR), der guatemaltekischen und mexikanischen staatlichen Flüchtlingshochkommissionen (COMAR und CEAR) sowie die Flüchtlinge selbst.

"Das Buch soll helfen, die Erinnerung an Vergangenes wachzuhalten und soll eine Warnung für die Zukunft sein. Diese Seiten sind voller Zeugnisse, Erinnerungen und Bilder von guatemaltekischen Flüchtlingen in Mexiko", erklärte ein Vertreter der mexikanischen Re-

gierung bei der Präsentation des Buches.

Zur Buchpräsentation im mexikanischen Nationalpalast waren verschiedene mexikanische und guatemaltekische Persönlichkeiten eingeladen, darunter der mexikanische Botschafter in Guatemala, Guatemalas Präsident Alvaro Arzú, die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, Carlos Montejó als Vertreter der beratenden Versammlung der entwurzelten Bevölkerung Guatemalas (ACPD), und andere.

In seiner Rede dankte Alvaro Arzú der mexikanischen Regierung und Bevölkerung für die Hilfe, die sie für die guatemaltekischen Flüchtlingen geleistet haben. Das Flüchtlingsthema sei sehr wichtig im ganzen Friedensprozess und bei der Wiederversöhnung. Die Rückkehr nach Guatemala bedeute das Ende eines schmerzhaften Kapitels des bewaffneten Konfliktes in Guatemala.

(Nach bis zu zwanzig Jahren Exil in Mexiko, vor allem in den Staaten Chiapas, Campeche und Quintana Roo, haben laut offiziellen Zahlen rund 48'000 guatemaltekische Flüchtlinge entschieden, in ihre Heimat zurückzukehren. Weitere rund 22'000 sind in Mexiko geblieben.)

Laut dem Vertreter der ACPD, Carlos Montejó, hat der schwierigste Teil der Rückkehr erst begonnen. Auch wenn die guatemaltekische Regierung den Flüchtlingen Land zur Verfügung stelle, welches sie jedoch kaufen müssen, lasse ihre ökonomische, politische, soziale und kulturelle Integration nach wie vor zu wünschen übrig, meinte Montejó. Dies beweise auch das genau zwei Wochen vor der Buchveröffentlichung gefällte extrem milde Urteil im Fall Xamán, gegen die 25 Soldaten, welche im Jahr 1995 11 Mitglieder einer Rückkehrgemeinde töteten.

Nächste Runde im Fall Noriega

Guatemala, 9. September. Die dritte Prozessrunde im Fall Cándido Noriega Estrada ist auf den 20. September angesetzt worden. Der zuständige Richter, Elmer Martínez, teilt mit, dass die Vorbereitungen abgeschlossen seien, um den Prozess gegen den Angeklagten, dem insgesamt 11 Morde, 7 Entführungen, Raubüberfälle, Vergewaltigung, Drohung etc. im Zusammenhang mit dem Massaker von Tzulché vorgeworfen werden, wieder aufzunehmen. In den vorangegangenen Verhandlungen wurde Noriega "mangels Beweisen" freigesprochen.

Lucrecia Barrientos, Vertreterin des Zusammenschlusses der Ordensleute Guatemalas (CONFREGUA), die als Nebenklägerin amtiert, weist darauf hin, dass viele ZeugInnen, welche im ersten und zweiten Prozess ausgesagt hätten, nicht zu einer dritten Aussage bereit seien. "Die Zeugnisse dieser Leute sind entscheidend für die nächste Verhandlungsrunde, das Problem ist jedoch, dass die Leute enttäuscht sind, da ihren Aussagen in zwei Verhandlungen keine Beachtung geschenkt worden war", meint Barrientos.

Immerhin werden 35 ZeugInnen in

der dritten Verhandlung gegen Noriega aussagen. Auch der zuständige Staatsanwalt Elmer Martínez weist darauf hin, dass die ZeugInnen eingeschüchtert seien. Sie hätten bereits während des letzten Prozesses (24. Juli 1999) verschiedentlich Anzeige gemacht wegen erhaltenen Drohungen, welche angesichts der anstehenden dritten Verhandlung weitergingen. Bereits am zweiten Tag der Verhandlung, musste diese vorübergehend unterbrochen werden, da die ZeugInnen der Verteidigung nicht vor Gericht erschienen sind. Sie sollen nun unter Polizeigewalt vorgeführt werden.

Maquila- ArbeiterInnen entlassen

Sacatepéquez, 3. September. Mehr als 35 Angestellte einer koreanischen Maquila wurden auf illegale Art und Weise entlassen. Dies lässt die Gewerkschaftseinheit der ArbeiterInnen Guatemalas (UNSITRAGUA) verlauten, welche die ArbeiterInnen gegenüber der Maquila *Ace International S.A.* vertritt.

Als die Angestellten am 31. August zur Arbeit erschienen, wurde ihnen der Zutritt zur Fabrik von bewaffneten Sicherheitsleuten verwehrt. Der ihnen noch zustehende Lohn wurde nicht ausbezahlt. Sämtliche Versuche, mit der Besitzerin von *Ace International S.A.* zu

verhandeln, sind bisher gescheitert. Die Mehrzahl der Entlassenen gehören einer sich in der Aufbauphase befindenden Gewerkschaft an.

"Das Gesetz interessiert mich nicht, ich entlasse die ArbeiterInnen, wann es mir passt. Es ist mir auch egal, ob die Angestellten gewerkschaftlich organisiert sind", war der einzige Kommentar, den die Besitzerin, den Angestellten als Miss Lee bekannt, abgab.

Ace International S.A. ist dafür bekannt, die Rechte der ArbeiterInnen zu missachten. Laut den Angestellten wurde ihnen regelmässig der Beitrag für

die staatliche Sozialversicherung (IGSS) vom Lohn abgezogen. Das Geld wurde jedoch dem IGSS nie überwiesen.

Die entlassenen ArbeiterInnen reichten eine Anzeige beim Arbeitsgericht in Chimaltenango ein, welches die Maquila dazu anhielt, keine Repressalien gegen die ArbeiterInnen einzusetzen. Unabhängig davon, haben einzelne von ihnen schriftliche Drohungen erhalten.

UNSITRAGUA ruft das Arbeits- und Wirtschaftsministerium sowie die koreanische Botschaft dazu auf, in den Konflikt einzugreifen und die *Ace International S.A.* zum Dialog aufzurufen.

LehrerInnen sind gegen die Schulreform

Guatemala, 13. September. Vor einiger Zeit haben Teile der gewerkschaftlich organisierten LehrerInnen in einer Presseerklärung den von der paritätischen Kommission (COPARE) ausgearbeiteten und bereits vor einem Jahr präsentierten Vorschlag für eine Schulreform öffentlich kritisiert.

Laut Prensa Libre vom 21. Juli haben rund 400 organisierte LehrerInnen den Vorschlag abgelehnt, und ihn als "diskriminierend, antidemokratisch, konsenslos und in höchstem Mass rassistisch" bezeichnet. Ebenso seien die departementalen SchulvorsteherInnen zu wenig in den Prozess miteinbezogen worden. Viele LehrerInnen hätten nicht einmal ein Exemplar des Reformvorschlages in die Hände bekommen, um ihn zu analysieren.

Die LehrerInnenvereinigung von Quetzaltenango (AMQ) organisierte eine Demonstration gegen die laufende

Schulreform, an der rund 200 Personen teilnahmen. Symbolisch wurde der Entwurf der COPARE verbrannt.

Die Paritätische Kommission hat sich gegen diese Angriffe ebenfalls in einem Pressecommuniqué gewehrt. Sie würde ihren Auftrag auf der Grundlage des Abkommens über die Rechte und die Identität der indigenen Bevölkerung ausführen.

Laut Erziehungsminister Roberto Moreno wurden sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Verbreitung des Inhaltes der Schulreform suspendiert, wie z.B. LehrerInnenkongresse oder Diskussionsveranstaltungen über den Entwurf von COPARE. Man wolle verhindern, dass solche Anlässe zu (wahl-) politischen Zwecken missbraucht würden.

Die Konsultative Kommission ihrerseits, deren Aufgabe es ist, die von COPARE gemachten Änderungsvor-

schläge umzusetzen (siehe fijate 190), bemängelt, dass sie zu wenig Handlungsfreiheit habe und das Erziehungsministerium ihr zuviel dreinrede und vorschreibe.

Die Befürchtungen der LehrerInnengewerkschaft basieren im Moment auf zwei Hauptpunkten: Wenn sich die Diskussion über die Schulreform noch bis ins nächste Jahr hinzieht, ist nicht garantiert, dass die neue Regierung sich der Umsetzung der Friedensabkommen, der Schulreform und der Massnahmen der Konsultativen Kommission, verpflichtet fühlt.

Wird der Entwurf jedoch noch im Oktober, das heisst vor den Wahlen, angenommen, besteht die Gefahr, dass die aus den bisher gemachten Umfragen eingebrachten Kriterien, vor allem der Volks- und LehrerInnenorganisationen, nicht genügend berücksichtigt werden können.

UNPD veröffentlicht Studie über die Entwicklung auf dem Land

Guatemala, 31. August. In einer vor kurzem veröffentlichten Studie mit dem Titel "Das ländliche Gesicht der Entwicklung" kommt das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNPD) zum Schluss, dass die Situation in den ländlichen Gebieten Guatemalas sich in den letzten zehn Jahren stark verändert hat.

Im Vergleich zu andern Lateinamerikanischen Ländern sei der Anteil der ländlichen Bevölkerung mit 65% sehr hoch. Die Landwirtschaft sei nach wie vor die Haupteinnahmequelle dieser Bevölkerungsgruppe sowie des Landes überhaupt. Gemäss der UNPD-Studie verleihe dies sowie der hohe Anteil indigener Bevölkerung Guatemala eine spezielle Charakteristik innerhalb der Hemisphäre.

Auch wenn in den ländlichen Gebieten Guatemalas nicht der in Lateinamerika herrschende Trend der Urbanisierung zu spüren sei, zeichneten sich trotzdem Veränderungen ab. Die Folgen des Krieges und der immer noch laufenden Friedensprozess seien determinierend für diese Veränderungen.

Als Resultat der Friedensverhandlungen hätten die erhöhten Ausgaben im Gesundheits- und Erziehungssektor zur Entwicklung auf dem Land beigetragen. In den ländlichen Gegenden, speziell im Norden, eines der am meisten vernachlässigten Gebiete des Landes, seien die Lebenserwartungen der Bevölke-

rung gestiegen. Die Möglichkeit, die Primarschule zu besuchen, sei grösser geworden auf dem Land, im Gegensatz zu den städtischen Gebieten, wo das Angebot zurückgegangen sei.

Ebenso stehe es mit der Kindersterblichkeit: Auf dem Land habe sie abgenommen, währenddem sie in den urbanen Zentren stagniere.

Nichts desto trotz sei die Armut auf dem Land grösser als in den Städten und die Diskrepanz zwischen den "entwickelteren" Städten und den ärmsten Landregionen im Norden und Nordwesten des Landes, sei nach wie vor immens.

Ein weiterer Punkt, auf den die Studie hinweist, ist die Entwicklung der Gemeinderegierungen seit 1985. Eine neue Gesetzgebung und mehr finanzielle Mittel hätten die Gemeinderegierungen gestärkt und die soziale Organisation auf dem Land erst ermöglicht. Die Anzahl indigener BürgermeisterInnen sei von 28 im Jahre 1986 auf 110 im Jahre 1995 angestiegen. Dies entspreche einem Drittel aller Bürgermeisterämter.

Die Besitzverhältnisse des Landes blieben eines der grössten, ungelösten Probleme und führten zur internen und externen Migration, befindet die Studie. Im Gegensatz zu den andern Lateinamerikanischen Ländern, wo die Migration vor allem in die Städte führt, sei das in Guatemala nicht der Fall. Hier führe die Migration oft in andere ländliche Gebiete, vor allem in den relativ wenig besie-

delten Norden. Die Konsequenz dieser Migration sei die rasche und unkontrollierte Abholzung des Urwaldgebietes. Ebenso habe die Migration in die Vereinigten Staaten und andere Industrieländer zugenommen.

Traditionellerweise hätten viele Bauernfamilien ihr Einkommen verbessert, indem sie als SaisonarbeiterInnen auf den Plantagen an der Südküste arbeiteten. Die UNPD-Studie vermerkt einen Rückgang dieser Art von Migration. Die Leute zögen es vor, zu Hause zu bleiben und mit der Herstellung von Kunsthandwerk oder dem Produzieren von nichttraditionellen Produkten (v.a. Gemüse) für Exportfirmen, ihr Einkommen zu verbessern. Dies genüge jedoch in den meisten Fällen nicht, was zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung in den ländlichen Gebieten führe, schliesst die Studie.

Laut UNPD soll diese Studie einzig dazu dienen, die Situation aufzuzeigen. Sie vermeidet es, der Guatemalteckischen Regierung Empfehlungen abzugeben. Die nationalen PolitikerInnen und führenden Persönlichkeiten des Landes, müssten sich selber um Lösungen für diese Probleme kümmern, ist das Fazit der Studie.

Chaos an den Gerichten

Guatemala, 14. September. Die Massenentlassung an den Gerichten (siehe fñate Nr. 193) hat ein Chaos und die Verzögerung vieler Prozesse hervorgerufen. Die Gewerkschaft der Justizangestellten (STOJ) informiert, dass bereits neunhundert Entlassungen ausgesprochen wurden, insgesamt wird damit gerechnet, dass die Zahl auf über tausendsechshundert steigen wird.

Der Verband der staatlichen Angestellten (FENASEP) gibt bekannt, dass vermehrt Führungspersonen der Gewerkschaft STOJ verfolgt, eingeschüchtert und mit dem Tode bedroht würden. Dies habe eine Stimmung der Panik unter den GewerkschafterInnen ausgelöst, was in keiner Weise zur Lösung des Konfliktes beitrage.

Der Menschenrechtsprokurator Julio Arango Escobar hat beim Verfassungsgericht eine provisorische Suspendierung der Entlassungen beantragt. Arango Escobar argumentiert, die Entlassungen würden den Kollektivvertrag

verletzen, den die Angestellten des Justizwesens mit dem Obersten Gerichtshof hätten.

Oscar Najarro Ponce, Verantwortlicher am Obersten Gerichtshof für die Entlassungen, gibt in einer Pressekonferenz bekannt, dass die Institution nicht von ihrer Position weichen werde. Sie würden nicht irgendwelche Angestellten entlassen, sondern nur diejenigen, welche nachgewiesenerweise am Streik vor drei Jahren teilgenommen haben. Mit den Entlassungen würden sie einem Gerichtsentscheid folgen und er, Najarro Ponce, verstehe nicht, weshalb Arango Escobar in seiner Position als Anwalt dieses Urteil anzweifeln wolle.

Weiter gibt er zu, dass die Entlassungen vorübergehend zu einem Durcheinander in der Justizadministration führen würden, doch würden sie das schon in Griff bekommen, seien doch die Neuingestellten RichterInnen, SekretärInnen und AnwaltInnen nicht aufgrund von Vetternwirtschaft, sondern wegen

ihrer Fähigkeiten eingestellt worden.

Gleichzeitig gibt der Rechtsvertreter der Gewerkschaft STOJ bekannt, die Entlassenen seien bereit, bis zum Letzten zu kämpfen und würden auf eine breite Unterstützung zählen.

Die gewerkschaftlich organisierten Angestellten des Verfassungsgerichts organisierten eine friedliche Solidaritätsdemonstration mit den entlassenen JustizbeamtenInnen. Sie verurteilten die Richter des Obersten Gerichtshof, einen Monat vor ihrer Auswechslung noch eine solche Aktion durchzusetzen.

Seit dem 14. September haben die Mitglieder der STOJ vor dem Gebäude des Obersten Gerichtshof eine unbefristete Mahnwache begonnen.

Gefordert wird die sofortige Einstellung der Entlassungen, bzw. Verhandlungen mit dem Ziel, die Entlassungen rückgängig zu machen. Unterstützt wird die Manifestation von Justizangestellten aus dem ganzen Lande.

Lynchjustiz hat Hochkonjunktur

Guatemala, 18. September. Fälle von Selbstjustiz haben in den letzten Wochen die Titel- und "Vermischte Meldungen"-Seiten der guatemalteckischen Zeitungen gefüllt. Die aktuellsten Fälle fanden in Zacualpa Quiché, Sayaxché Petén und in der Provinz Guatemala statt und verliefen immer nach ähnlichen Mustern: Eine aufgebrachte Menschenmenge bringt auf brutalste Weise eine oder mehrere Personen um, meist wegen relativ geringen Vergehens. Begründet werden diese Taten damit, dass die Bevölkerung lieber selber "zum Rechten" schaue, da die Polizei und die Gerichte sowieso nicht effizient arbeiten würden.

Laut Claudia Perdomo, Sprecherin der Mission der Vereinten Nationen für Guatemala (MINUGUA) wurden im Laufe dieses Jahres 70 Personen Opfer der Lynchjustiz, offizielle Zahlen sprechen sogar von 125 Fällen. Am meisten Fälle seien im Departement Alta Verapaz registriert worden.

Verschiedene Untersuchungen ergaben, dass die Bevölkerung zu diesem Mittel der Selbstjustiz greift, das sie kein Vertrauen in die staatlichen Behörden hat. Eine Studie des Institutes für vergleichendes Strafrecht (IECCP) ergibt, dass die meisten dieser Morde in Anwesenheit der Polizei stattfanden, welche jedoch nicht eingegriffen habe. Oft sei auch eine Manipulation der Menschenmenge durch infiltrierte Gruppen

ehemaliger Zivilpatrouillen-Mitglieder festgestellt worden.

Der Innenminister Rodolfo Mendoza glaubt nicht, dass die Fälle von Lynchjustiz auf ein mangelndes oder schlechtes Justizsystem zurückzuführen sind. Zweifellos sei es ein soziales Problem, das man jedoch mit Hilfe der Polizei in den Griff zu bekommen versuche. Im Fall von Zacualpa sei dies sehr schwierig gewesen, die Polizei sei von der Menschenmenge schlichtweg überrollt worden und es seien sogar Polizisten als Geiseln genommen worden.

Davis Son Turnil, Sekretär der Evangelischen Kirchenkonferenz Guatemalas (CIEDEG) hat noch eine andere Erklärung für das Phänomen. Einerseits ist er auch der Meinung, dass das Justizsystem zu wenig effizient ist, zum andern glaubt er, dass dem Gewohnheitsrecht der Mayas zuwenig Wichtigkeit beigemessen wird. Dieses sähe nämlich spezielle Mechanismen für Konfliktlösungen vor, welche in keiner Weise mit dem offiziellen Rechtssystem in Konkurrenz stehe. Probleme gäbe es erst, wenn diese zwei Systeme gegeneinander ausgespielt würden.

Die Regierung müsse genug Vertrauen in die indigene Bevölkerung haben, Konflikte auf ihre Weise zu lösen, solange es sich um kleine Delikte innerhalb des Zivilrechtes handle. Das Gewohnheitsrecht der Mayas sehe nicht

vor, über strafrechtliche Fälle wie z.B. Entführung oder Mord zu richten. Solche Fälle würden dem offiziellen Rechtssystem übergeben, meinte Son Turnil weiter.

Unterschiedlich wird die anfangs September in Totonicapán verhängte Strafe von fünfzig Jahren unbedingt, gegen die Verantwortlichen eines Falles von Lynchjustiz, beurteilt.

Frank LaRue vom Aktionszentrum für Menschenrechte (CALDH) findet die Strafe gerechtfertigt, wenn jemand wirklich für das Lynchmorden einer Person verantwortlich ist.

Für die Gruppe gegenseitiger Hilfe (GAM) und die Angehörigengruppe *Madres Angustiadadas* muss Lynchmorden auf jeden Fall bestraft werden. Im Vergleich jedoch mit Strafen, die gegen Entführer oder Militärs ausgesprochen würden, welche Menschenrechtsverletzungen begangen haben und oftmals freigesprochen würden, seien 50 Jahre eine hohe Strafe. Lynchjustiz passiere oft spontan und unkontrolliert, im Gegensatz zu Entführungen, welche von langer Hand geplant werden, jedoch niemals so hart bestraft würden, meinte Michelle de Leal von den *Madres Angustiadadas*.

Karen Fischer von der Allianz gegen Straffreiheit hofft, dass dieses Beispiel eine abschreckende Wirkung habe auf die Bevölkerung, solche Taten zu begehen.

Notizen aus dem Wahlkampf

Guatemala, 9. - 22. September Auf Einladung des Netzwerkes Guatemaltequischer Journalistinnen haben sich Frauen, die für verschiedene Ämter kandidieren, getroffen und ihre politische Einstellung in bezug auf Frauenanliegen vorgestellt.

Eingeladen waren Anabella de León von der Regierungspartei (PAN), Catalina Soberanis und Lorena Robles von der Demokratischen Front Neues Guatemala (FDNG), Luz Méndez von der Allianz Neue Nation (ANN), Raquel Blandón von der Grünen Partei sowie Vertreterinnen der Republikanischen Front Guatemalas (FRG), die jedoch der Einladung nicht folgten.

Obwohl verschiedenen Parteien angehörend, haben die Frauen sehr ähnliche Vorstellungen von "Frauenpolitik". Sie müssten mit einem Frauenbewusstsein arbeiten, unterstützt von der Frauenbewegung, meinte Anabella de León. Sie müssten einerseits innerhalb ihrer eigenen Parteien für die Rechte der Frauen kämpfen und andererseits Allianzen mit Frauen von andern Parteien machen, um innerhalb des Kongresses eine Stärke aufzuweisen.

Lorena Robles von der FDNG unterstützt die Aussage von de León und betont, dass sie, auch wenn sie nicht selber gewählt würde, die Arbeit der Frauen im Kongress unterstützen werde.

Alle anwesenden Frauen waren sich einig, dass Themen wie Sexualerziehung, Gewalt gegen Frauen und bezahlte Hausarbeit Priorität haben müssen innerhalb der Frauenpolitik. Während der Regierungszeit Arzú's hätten die Frauen einige wichtige Erfolge erzielt, trotz zum Teil starker Opposition innerhalb ihrer eigenen Parteien. Erwähnt wurde in diesem Zusammenhang das Gesetz gegen innerfamiliäre Gewalt sowie das Gesetz zur integralen Frauenförderung.

Dem gegenüber kritisierte Irene Barrientos, Vertreterin der Gewerkschaftseinheit der ArbeiterInnen Guatemalas (UNSITRAGUA), dass die zur Wahl antretenden Frauen keine Geschlechterperspektive hätten. Die Parteien würden die Frauen bloss aufstellen, um gut dazustehen und ein demokratisches Bild von Gleichberechtigung zu vermitteln.

Die grosse Masse der Frauen Guatemalas hätten ein sehr gleichgültiges Verhältnis der Politik gegenüber. Dies sei auf die machistische Kultur zurückzuführen, welche Frauen zur Hausarbeit

verdamme sowie auf fehlende Schulbildung. Dieser Zustand könne nur verändert werden, indem die Diskriminierung der Frau und das patriarchale Denken überwunden würden, welche den Frauen die Beteiligung an einer öffentlichen, politischen Diskussion verunmöglicht hätten, meinte Barrientos.

Verschiedene nordamerikanische Menschenrechtsorganisationen kündeten an, im Falle eines Wahlsieges der Republikanischen Front Guatemalas (FRG) sei eine weitere finanzielle Unterstützung Guatemalas durch die USA in Frage gestellt.

Laut Hugh Byrne, Mitarbeiter des Washingtoner Büros für Lateinamerika (WOLA), würden verschiedene Kongressabgeordnete die weitere Hilfe an Guatemala in Frage stellen. Ein Möglicher Wahlsieg Portillos hätte Besorgnis ausgelöst in den Vereinigten Staaten. Grund dafür ist der Einfluss, welchen der General Rios Montt auf die Regierung Portillos ausüben wird.

Diese Angst ist nicht unbegründet: Ehemalige Mitglieder der Zivilpatrouillen drohten damit, im Falle eines Wahlsieges Portillos, sämtliche Personen umzubringen, welche während dem Krieg begangene Menschenrechtsverletzungen angezeigt hätten. Dies gab die Vertreterin der Vereinigung Familienangehöriger von Verschwundenen (FAM-DEGUA), Aura Elena Farfán, bekannt. Diese Drohungen wurden in den Departementen Petén, Alta Verapaz und Quiché laut, welches die Gebiete mit der grössten Militärpräsenz im Lande sind.

Bedroht von einer eventuellen Machtübernahme Portillos fühlt sich auch der zuständige Staatsanwalt im Falle Alfredo Moreno Molina, Rafael Mendizábal. Portillo selber habe ihn am Telefon mit dem Tode bedroht. Falls dieser gewählt würde, sähe er, Mendizábal, sich gezwungen, das Land umgehend zu verlassen.

Rund sechs Wochen vor den Wahlen herrscht in Guatemala eine pessimistische politische Stimmung, welche die FRG bestens auszunutzen weiss. Mit ihren Diskursen über die Bekämpfung der Armut, Sicherheit, Schaffung von

Arbeitsplätzen, Erziehung und Durchsetzung der Gesetze trifft die FRG offensichtlich noch am ehesten auf offene Ohren in der Bevölkerung. Dies ergibt eine Meinungsumfrage der *Firma Aragón y Asociados*. Laut Ergebnissen dieser Umfrage würden 32% der tausend Befragten für die FRG wählen, im Gegensatz zu 20%, welche die PAN wählen würde. Die Umfrage wurde anfang August gemacht, noch bevor der neuste Skandal um den FRG-Kandidaten Alfonso Portillo bekannt wurde, der beschuldigt wird, vor 17 Jahren in Mexiko zwei Personen umgebracht zu haben.

Nebst der verbalen Schlammschlachten, die sich vor allem die Präsidentschaftskandidaten der PAN und der FRG liefern, haben sich in letzter Zeit auch handfeste Drohungen und konkrete physische Angriffe gegen einzelne Kandidaten gehäuft. Vor allem Kandidaten der linken Parteien ANN und FDNG wurden Opfer dieser Drohungen.

Der ANN-Bürgermeisterkandidat von Coatepeque, Genaro Orozco Flores erhielt telefonische Todesdrohungen. Ein weiteres ANN-Mitglied wurde während einer Wahlveranstaltung vom einem Fincawächter angeschossen und schwer verletzt. Der Kandidat von San Marcos für den Kongress, Werner Orozco, ebenfalls ANN, wurde nach einer Politveranstaltung vom Bürgermeisterkandidaten San Marcos und anderen Mitgliedern der FRG, tötlich angegriffen. Als Orozco Anzeige bei der Polizei machte, wurde er selber verhaftet.

Das Haus des Kampagneleiters der Progressiven Freiheitspartei (PLP), Gustavo Gonzáles, wurde von schwerbewaffneten Männern überfallen und Gonzáles mit dem Tode bedroht, falls er seine politische Arbeit weitermache.

Auch die Ermordung des URNG-Sekretärs von Melchor de Mencos, Quintero Barredo, gehört in diesen Zusammenhang.

Das jüngste Beispiel ist die Ermordung von drei FDNG-Aktivistinnen. Auf die drei wurden während dem Aufhängen von Wahlpropaganda eine Granate geworfen. Obwohl die FDNG die Mitgliedschaft der drei Männer in ihrer Partei bestätigt hat, behauptet die Polizei, sie seien mit dem Einsammeln von Brennholz beschäftigt gewesen, als sie von der Granate getroffen wurden.